

GEMEINDE ADENDORF  
DER BÜRGERMEISTER



Empfänger (Telefax-Nr.)

030.1.275.86.440

Bitte .....  
sofort vorlegen!

Betreff:

Ratsbeschluss der Gemeinde  
Adendorf über das Verbot der  
Anpflanzung von transgenem  
Pflanz- und Saatgut auf gemeinde-  
eigenen Flächen - Mr. Telefonat mit Herrn  
Kapel -

Mein Zeichen:

Anzahl der Anlagen  
ohne Deckblatt

2

Bei Rückfragen wenden  
Sie sich bitte an

Fr. Rudloff, Tel: 04231 980926

Telefon: (0 41 31) 98 09 - 0

Adendorf, den 18.04.07

Auszug aus der Niederschrift Nr. 04/1999 (ö. R.) über die öffentliche Sitzung des Rates der Gemeinde Adendorf am Donnerstag, dem 15. Juli 1999, 19.00 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses

- Punkt 13:** Verbot der Aufbringung von transgenem Pflanz- und Saatgut auf gemeindeeigenen Flächen
- Antrag der Ratsfraktion B'90/Die Grünen vom 14.06.99
  - vgl. TOP 6 der Niederschrift Nr. 14/1999 (V) -
  - vgl. TOP 9 der Niederschrift Nr. 15/1999 (V) -

Für die Fraktion B'90/Die Grünen erläuterte RF Sprinz, daß es hier im weitesten Sinne um die Verwendung von gentechnisch veränderten Pflanzen gehe. Bei diesen Pflanzen wird ein Eingriff in das Erbgut vorgenommen. Seitens der Industrie wird dieses stark befürwortet. Eine zunehmende Anzahl von Wissenschaftlern jedoch erhebt ernst zu nehmende Bedenken, da sich aus der Verwendung dieses veränderten Pflanzgutes große Risiken entwickeln können. In der Summe wiegen die Risiken die möglichen Vorteile nicht auf.

Den Hinweis aus den Vorberatungen, daß dieses Thema geeignet wäre, im Rahmen der Agenda 21 vertieft zu werden, begrüßte sie sehr. In diesem Zusammenhang wies sie darauf hin, daß die Gemeinde Deutsch Evern vor kurzem eine Informationsveranstaltung zum Thema Gentechnik durchgeführt habe, die außerordentlich gut besucht war. Sie regte an, eine ähnliche Veranstaltung auch in Adendorf durchzuführen.

RH Ladwig erklärte, daß das Wissen darum, daß Risiken durch Verwendung dieses veränderten Pflanzgutes nicht ausgeschlossen werden können, Grund genug dafür ist, diesen Antrag zu unterstützen. Er wies darauf hin, daß die Fraktion B'90/Die Grünen ihren ursprünglichen Antrag dahingehend abänderte, daß diese Klausel nur in neu abzuschließende Verträge aufgenommen wird. Für bestehende oder zu verlängernde Verträge könne man lediglich eine entsprechende Bitte an die Pächter richten.

RH v. Mirbach zeigte sich äußerst verwundert darüber, daß die SPD-Fraktion in der Vergangenheit selbst immer darauf verwiesen habe, daß entsprechende Anträge im kompetenten Fachausschuß vorberaten werden und man hier in der neuen und schwierigen Materie direkt einen Ratsbeschluß herbeiführen wolle. Er betonte, daß sich hier am Ratstisch keine so sachverständige Person befinde, daß hier ein Beschluß über ein Thema, mit dem sich Fachbehörden beschäftigen, gefaßt werden könnte.

Zum Inhalt des Antrages führte er aus, daß nach dem Gen-Technik-Gesetz Versuche mit genverändertem Pflanzgut genehmigt werden müssen. Seines Wissens nach gäbe es z. Z. keine Sortenzulassung.

Durch die Verwendung von transgenem Pflanz- oder Saatgut wird zum einen das Ziel verfolgt, daß dadurch weniger Pestizide aufgebracht werden müssen. Zum anderen ist ein wirtschaftlicher Gesichtspunkt zu berücksichtigen. In den USA z. B. sind viele gentechnisch veränderte Produkte zugelassen.

Abschließend unterstrich er noch einmal, daß die CDU-Fraktion hier in der Sache bisher weder dafür noch dagegen sei. Es werde lediglich das Verfahren kritisiert, wonach es nicht erst ermöglicht wird, eine fachkundige Diskussion und Beratung im Fachausschuß zu führen.

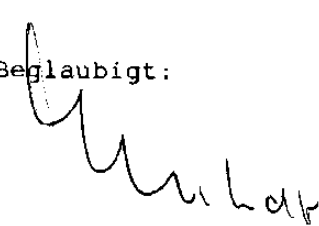
RH Graff konnte den Antrag von RH v. Mirbach, zunächst eine Beratung im Fachausschuß durchzuführen, nicht nachvollziehen. Er betonte, daß es sich nicht wie vor 20 Jahren bei der "atomwaffenfreien Zone" um eine "gentechnisch nicht veränderte Pflanzzone" handele, sondern vielmehr nur darum ginge, daß auf den gemeindeeigenen Feldern kein transgenes Pflanz- oder Saatgut verwendet wird. Wenn ein Landwirt für seine eigenen Flächen die Genehmigung hat, dort gentechnisch veränderte Pflanzen anzubauen, so könne dieses nicht verhindert werden.

RF Rasch ergänzte, daß die Diskussionen um gen-veränderte Pflanzen heute nicht neu in der politischen Landschaft sei und man über unterschiedliche Medien in der Lage gewesen sei, sich gut zu informieren.

Sodann beschloß der Rat der Gemeinde Adendorf, daß auf gemeindeeigenen Flächen kein transgenes Pflanz- oder Saatgut aufgebracht werden darf. Bei zukünftigen Pachtverträgen wird diese Formulierung Bestandteil des Vertrages.

Abstimmungsergebnis:           15 Ja-Stimmen  
                                  8 Nein-Stimmen  
                                  1 Enthaltung

Beglaubigt:

  
Elfrodt  
Gemeindedirektor